



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Frankreich 2024

Amnesty Report Frankreich 29. April 2025

Exzessive und unnötige Gewaltanwendung

Ordnungskräfte sollen bei Unruhen im französischen Überseegebiet Neukaledonien im Mai 2024 exzessive und tödliche Gewalt angewandt haben. Grund für die Unruhen war die Verabschiedung eines Gesetzes durch das französische Parlament, mit dem das Wahlrecht in Neukaledonien abgeändert worden war. Im August 2024 äußerten sich UN-Expert*innen besorgt über diese Vorwürfe sowie über Berichte, die auf willkürliche Festnahmen, Inhaftierungen und Fälle des Verschwindenlassens schließen ließen.

Im Dezember 2024 äußerte der UN-Menschenrechtsausschuss große Sorge in Bezug auf Berichte über den Einsatz exzessiver Gewalt bei Verkehrskontrollen, Festnahmen, Zwangsevakuierungen und Demonstrationen. Der Ausschuss erklärte, dass Angehörige bestimmter Minderheiten unverhältnismäßig stark von solchen Vorfällen betroffen waren, insbesondere Menschen afrikanischer Abstammung, Personen arabischer Herkunft, Angehörige indigener Gemeinschaften und Migrant*innen.

Der UN-Menschenrechtsausschuss wies zudem auf fehlende Sanktionen und offensichtliche Straflosigkeit für Polizist*innen hin und führte als Beispiel hierfür an, dass noch niemand für die Tötung von Adama Traoré zur Verantwortung gezogen worden war. Der junge Mann afrikanischer Abstammung war 2016 während einer polizeilichen Personenkontrolle erschossen worden. Im Mai 2024 bestätigte ein höherinstanzliches Gericht ein Urteil aus dem Jahr 2023, mit dem die Strafverfolgung der drei involvierten Gendarmen eingestellt worden war. Die Familienangehörigen von Adama Traoré legten daraufhin ein zweites Rechtsmittel ein.

Im November 2024 schrieb die französische Regierung einen Vertrag für mit Gummischrot gefüllte Granaten (*grenade de désencerclement*) im Wert von 27 Mio. Euro aus. Bei diesen Granaten handelt es sich um grundsätzlich gefährliche militärische Waffen, die von der Polizei eingesetzt werden und deren Einsatz in der Vergangenheit bekanntermaßen schwerwiegende Verletzungen bei Protestierenden zur Folge hatte.

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/frankreich-2024#section-23704808>